



Regierungsratsbeschluss vom 05. Juli 2016

Motion Danielle Kaufmann und Konsorten betreffend Rücksichtnahme auf Analphabetismus, Illetrismus und fehlende Schulbildung beim Sprachnachweis für die Einbürgerung

P165124

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Danielle Kaufmann und Konsorten als Anzug zu überweisen.

Begründung

Die kantonale Gesetzgebung im Bürgerrecht berücksichtigt bereits heute das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot sowie die Rechtsprechung in Zusammenhang mit handicaperten Personen. Der Regierungsrat ist jedoch bereit, das Anliegen im Rahmen der bevorstehenden Totalrevision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes (BÜRIG), die im Hinblick auf die Umsetzung des neuen eidgenössischen Bürgerrechtsgesetzes (BüG) notwendig ist, näher zu prüfen.

